

PRESSEMITTEILUNG

19. Juli 2010

CDU-Fraktion macht Einsparvorschläge

Stadträte wollen „Zwei-Jahres-Sparpaket“

Die CDU-Fraktion im Gemeinderat wird im Rahmen der anstehenden Klausur-sitzung des Gemeinderates zum städtischen Haushalt mehrere konkrete Vor-schläge machen. „Wir sprechen uns für ein Sparpaket aus, das die Haushalts-jahre 2011 und 2012 umfassen soll“, so CDU-Fraktionschef Tobias Schumacher und der haushaltspolitische Sprecher Hermann Früh. Dabei soll es nach dem Willen der CDU eine möglichst gleichmäßige Kürzung der Ausgaben und nicht eine Streichliste nur zulasten von Familien und Kindern geben. Sollte Im Herbst 2011 eine deutliche Verbesserung der Situation sichtbar sein, könnten die Vorgaben für 2012 wieder gelockert werden.

Die CDU spricht sich zunächst dafür aus, die Geschäftsausgaben auf dem Stand des Jahres 2008 „einzufrieren“, was rund 25.000 Euro jährlich bringen könnte. Einer befristeten Reduzierung des Schulbudgets für die Jahre 2011 und 2012 wird die CDU zustimmen (77.000 Euro). Über den bisherigen Mietzu-schuss an die Musikschulen in Höhe von 14.000 Euro muss aus Sicht der CDU diskutiert werden.

Im Bereich der Personalausgaben mahnen die CDU-Räte an, dass seitens der Verwaltung auf die Einstellung von Personal ohne Rücksprache mit dem Ge-meinderat verzichtet werden müsse. „Es kann nicht sein, dass die Jugendpfle-ger-Stelle aus Kostengründen gestrichen werden soll, daneben aber ständig neue Minijobs geschaffen und geringfügig Beschäftigte eingestellt würden“, so die CDU-Fraktion. Für die Jahre 2011 und 2012 fordert die CDU eine Reduzie-

rung der Personalkosten um 2 %, das wären rund 100.000 Euro. Dazu könne auch eine Wiederbesetzungssperre für drei oder sechs Monate beitragen. Im investiven Bereich wird die CDU beantragen, die Kosten für die Ergänzung vom Mobiliar auf dem Rathaus um 20% pro Jahr zu kürzen (10.000 Euro).

Neben den Ausgabenkürzungen wird es aber nach Aussage der CDU notfalls auch darauf ankommen müssen, die Basis der Einnahmen zu verbreitern. Dies habe erst kürzlich auch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) angemahnt. So hat die GPA vorgeschlagen, den Kostendeckungsgrad im Bestattungswesen von derzeit 50 auf 55% anzuheben. Dies hätte Mehreinnahmen von rund 20.000 Euro zur Folge. Auch eine Erhöhung der Trinkwassergebühr auf 2 Euro je Kubikmeter Wasser sei laut GPA angebracht. Hier könnte eine mindestens sechsstellige Summe über die zusätzliche Konzessionsabgabe des Wasserwerks eingenommen werden.